

A1 Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung Landesmitgliederversammlung (GO-LMV) von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Bremen

Antragsteller*in: Philipp Bruck

Tagesordnungspunkt: 2. Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

1 Ersetze

2 § 2 (2) Die Versammlung kann jederzeit mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden
3 Mitglieder die Tagesordnung ändern.

4 durch

5 § 2 (2) Die Versammlung kann jederzeit mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen,
6 gültigen Stimmen die Tagesordnung ändern, wobei Enthaltungen bei der
7 Feststellung der Mehrheit mitgezählt werden.

8 Ersetze

9 § 6 (2) Geschäftsordnungsanträge bedürfen zu ihrer Annahme in der Regel der
10 einfachen Mehrheit der anwesenden Abstimmungsberechtigten.

11 durch

12 § 6 (2) Soweit nicht anders vorgesehen, bedürfen Geschäftsordnungsanträge zu
13 ihrer Annahme der einfachen Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen, wobei
14 Enthaltungen bei der Feststellung der Mehrheit nicht mitgezählt werden.

15 Ersetze

16 § 9 (2) Soweit nicht anders vorgesehen, entscheidet die LMV mit einfacher
17 Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei Enthaltungen als abgegebene Stimmen
18 gelten, ungültige Stimmen werden bei der Berechnung der Mehrheit nicht
19 einbezogen.

20 durch

21 § 9 (2) Soweit nicht anders vorgesehen, entscheidet die LMV mit einfacher
22 Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen, wobei Enthaltungen bei der
23 Feststellung der Mehrheit nicht mitgezählt werden.

24 Ersetze

25 § 9 (8) Soll über einen Tagesordnungspunkt erneut eine Aussprache und
26 Beschlussfassung erfolgen, so ist ein Rückholantrag zu stellen. Dieser ist wie
27 Anträge zur Geschäftsordnung zu behandeln, aber benötigt zur Annahme eine 2/3-
28 Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

29 durch

30 § 9 (8) Soll über einen Tagesordnungspunkt erneut eine Aussprache und
31 Beschlussfassung erfolgen, so ist ein Rückholantrag zu stellen. Dieser ist wie
32 Anträge zur Geschäftsordnung zu behandeln, aber benötigt zur Annahme eine
33 Zweidrittelmehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen, wobei Enthaltungen bei
34 der Feststellung der Mehrheit mitgezählt werden.

Begründung

1. Die bisherige Regelung des § 9 (2) ist uneindeutig oder sogar in sich widersprüchlich. Die Aussage, dass Enthaltungen zu den abgegebenen Stimmen zählen, ist zunächst trivial. Der Zusatz, dass ungültige Stimmen nicht gezählt werden, impliziert dann aber, dass die zuvor genannten Enthaltungen mitgezählt werden. Das widerspricht dem Begriff „einfache Mehrheit“
2. Die bisherigen Regelungen § 2 (2), § 6 (2) und § 9 (8) beziehen sich auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder, der § 9 (2) dagegen auf die Anzahl der abgegebenen Stimmen. Dies ist nicht nur uneinheitlich – die Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten ist zudem eine unglückliche Basis für die Definition einer Mehrheit, denn sie wird von uns während einer LMV gar nicht erfasst. Wir führen keine Türkontrollen durch und wissen auch nicht, wer sich gerade im Nebenraum befindet. Praktikabler und verständlicher ist es deshalb, die abgegebenen Stimmen zu zählen.

Unterstützer*innen

Dorothea Staiger; David Höffer; David Lukaßen; Wilko Zicht; Dietmar Strehl; Jan Fries; Alexandra Werwath; Ralph Saxe

A2 Mit starken Grünen für ein solidarisch, gerechtes und nachhaltiges Europa

Gremium: LAG Europa, Landesvorstand, Henrike Müller

Beschlussdatum: 30.08.2018

Tagesordnungspunkt: 4. Mit starken Grünen für ein solidarisch, gerechtes und nachhaltiges Europa

1 Die Europäische Integration bietet Menschen im Westen seit über 70 Jahren und im
2 Osten seit fast 30 Jahren echten Frieden und Freiheit! Wir Grüne wissen diese
3 herausragende Leistung der Europäischen Union zu schätzen! Wir haben nicht
4 vergessen, dass der Startpunkt des europäischen Einigungsprozesses auf dem
5 Schlachtfeld zweier Weltkriege und der Millionen Toten des Holocaust liegt. Wir
6 haben nicht vergessen, dass die Ost-Erweiterung des Einigungsprozesses in den
7 schmerzhaften Erfahrungen mit den kommunistischen Diktaturen motiviert liegt.
8 Wir haben die Euphorie darüber nicht vergessen, dass die europäischen
9 Nationalstaaten gelernt haben Konflikte am Verhandlungstisch zu lösen! Wir sind
10 deshalb der festen Überzeugung, dass die europäischen Institutionen der einzig
11 richtige Ort sind, um Konflikte zu lösen, auch und insbesondere wenn es
12 schwierig und das gegenseitige Verständnis nur schwer aufzubringen ist.

13 Wir sind überzeugt, dass wir Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent nur
14 gemeinsam in europäischer Zusammenhalt erhalten können. Wir sind überzeugt, es
15 ist Zeit Freiheit und Demokratie zu schützen und zu stärken. Die Europäische
16 Union ist für uns Grüne ein von fundamentalen Werten geprägtes Einigungsprojekt.
17 Die EU steht für Menschenrechte, für Gleichberechtigung, für Solidarität, für
18 Rechtsstaatlichkeit und für Demokratie. Wir wollen dieses von freiheitlichen
19 Werten geprägte Europa zusammenhalten!

20 Wir stehen zu unseren Werten und unserer Verantwortung

21 Mit großer Sorge sehen wir das kontinuierliche Erstarken rechtsnationaler,
22 rechtsextreme und autoritärer Kräfte, die die Europäische Union als politisches
23 Projekt und europäische Werte als Grundlage von liberalen Demokratien offen
24 bekämpfen. Wir lehnen ebenfalls die Politik der nationalkonservativen
25 Regierungen ab, denn sie geprägt von der Diskriminierung ethnischer
26 Minderheiten, Einschränkungen der Pressefreiheit, von Frauenrechten und durch
27 die Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien. Wir halten in diesen Fällen die
28 Einleitung des Rechtsstaatsverfahrens für richtig und geboten. Angesichts der
29 Zunahme von nationalen Politiken, die den EU-Grundrechten widersprechen, fordern
30 wir wirksamere Konsequenzen bei Demokratieabbau in den Mitgliedsstaaten. Wenn
31 die Gewaltenteilung aufgehoben, Pressefreiheit und -pluralität beschränkt oder
32 Minderheiten systematisch diskriminiert werden, dann sollten europäische Gelder
33 in Zukunft nicht mehr an die nationalen Regierungen, sondern direkt an die
34 Kommunen und Regionen vergeben werden, die sich weiterhin für europäische
35 Rechtsstaatsprinzipien einsetzen.

36 International stehen wir vor dramatischen Herausforderungen. Kriege und
37 Konflikte haben sich in der Nachbarschaft der Europäischen Union verschärft. Die
38 Politik der neuen Autokraten von Trump, über Erdogan bis Putin stellt die EU vor
39 neue Aufgaben, die gemeinsames Handeln dringend erforderlich machen. Wir wollen,
40 dass die EU mehr Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und
41 kooperativen Weltordnung übernimmt. Nur wenn wir enger und koordinierter
42 zusammenarbeiten, auch in Fragen der Verteidigung, können wir unseren Teil dazu

43 beitragen die Welt ein Stück sicherer zu machen. Wir Grüne stehen für die
44 Stärkung des internationalen Rechts, der multilaterale Politik und für eine
45 wertegeleitete Außen- und Sicherheitspolitik, die fest in den Vereinten Nationen
46 und der Europäischen Union verankert und in die NATO eingebettet ist.

47 Auch in der nahen Nachbarschaft muss die EU ihrer Verantwortung gerecht werden.
48 Die europäischen Grundrechte müssen sich in der Außenpolitik widerspiegeln. Wir
49 schlagen deshalb vor, dass die EU ihre Fähigkeiten in der gemeinsamen
50 Außenpolitik ausbaut und die Beteiligung des Europäischen Parlaments ausgebaut
51 wird. Außerdem fordern wir eine faire Entwicklungs- und Handelspolitik mit den
52 Ländern des globalen Südens. Dazu müssen die Freihandelsabkommen mit sogenannten
53 Entwicklungsländern (EPAs) evaluiert und wenn nötig neu verhandelt werden. Die
54 positiven Ergebnisse der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit dürfen nicht von
55 den EPAs konterkariert werden.

56 Die ursprünglich ambitionierte Mittelmeerpolicy der Europäischen Union
57 erschöpft sich inzwischen in Grenzschutzmanagement und in bilateralen Abkommen
58 zur Verhinderung von Migration. Die geplante Verlagerung von Asylverfahren in
59 Drittstaaten, Auffanglager in Libyen und die Ausweitung der europäischen Liste
60 der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Wir fordern eine Rückkehr zu
61 nachhaltiger Nachbarschaftspolitik, die nicht die Abwehr von Flüchtlingen über
62 die Menschenrechte stellt. Wir betonen: das Recht auf Asyl ist ein
63 Menschenrecht! Wir treten für eine europäisch koordinierte Seenotrettung von
64 Geflüchteten ein und lehnen die Kriminalisierung der privaten
65 Hilfsorganisationen ab. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben!
66 Ultimatives Ziel gemeinsamer EU-Außenpolitik muss die Bekämpfung von
67 Fluchtursachen in den Herkunftsländern sein. Wir brauchen dringend kontrollierte
68 und sichere Wege für Flucht und koordinierte Einwanderung in die EU. Wir fordern
69 weiterhin eine solidarische Verteilung von Geflüchteten unter den
70 Mitgliedsstaaten der EU.

71 Wir setzen weiter auf Solidarität und kämpfen gegen nationalen Protektionismus

72 Frieden, Freiheit und Wohlstand - das sind die Gründungsversprechen der
73 europäischen Einigung. Um wirtschaftliche Ungleichgewichte in Europa
74 auszugleichen, sind – vor allem nach den sozialen Spannungen in Folge der
75 Finanzkrise – noch viele Anstrengungen nötig. Einen Wettlauf nach unten, um sich
76 vermeintliche Wettbewerbsvorteile zu sichern, sei es bei den Steuern, bei den
77 Löhnen oder beim Umweltschutz, lehnen wir ab. Auch hier sind wir überzeugt, es
78 geht nur gemeinsam! Wir wollen daher europäische Investitionen anschieben, die
79 soziale Säule der EU stärken und einen europäischen Rahmen für existenzsichernde
80 Mindestlöhne in den Mitgliedsstaaten schaffen. Die Vorschläge für eine
81 europäische Arbeitslosenversicherung halten wir für geeignet, um die soziale
82 Absicherung der Menschen in Europa zu fördern. Wir wollen mehr europäische
83 Unterstützung für die Ausbildung und den Übergang ins Berufsleben gegen die hohe
84 Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern der EU.

85 Zu einem funktionierenden Binnenmarkt gehört beim heutigen Integrationstand eine
86 demokratische und solidarische Eurozone. Wir wollen den Euro endlich krisenfest
87 aufstellen. Das heißt, die Bankenunion mit einem System der Einlagensicherung zu
88 vollenden, eine Abfederung von asymmetrischen wirtschaftlichen Schocks zu
89 ermöglichen, eine Demokratisierung des Europäischen Rettungsmechanismus durch

90 eine Überführung in einen europäischen Währungsfonds unter parlamentarischer
91 Kontrolle des EP.

92 Wir sind überzeugt, nationaler Protektionismus läßt sich am besten mit
93 grenzüberschreitendem Austausch bekämpfen. Ein bewährter Weg war und ist dabei
94 der transnationale Austausch über Jugend- und Bildungsprogramme. Insbesondere
95 Hochschulen können wichtige Europäisierungsprozesse vorantreiben. Das haben die
96 bisherigen Erfolge des EU-Mobilitätsprogramms Erasmus+ und die europäischen
97 Hochschul- und Forschungsk Kooperationen überzeugend gezeigt. Wir wollen allen
98 jungen Menschen die Möglichkeit bieten Europa kennen- und lieben zu lernen. Wir
99 begrüßen daher die Vorschläge der Kommission zur Aufstockung und Ausweitung des
100 Erasmus-Programms, unterstützen den Europäischen Solidaritätsdienst, die
101 europäischen Freiwilligendienste und die Etablierung von „Europäischen
102 Universitäten“ als zentrale Elemente für die Fortentwicklung des europäischen
103 Einigungsprozesses. Insbesondere die „Europäischen Universitäten“ könnten die
104 notwendige Struktur bereitstellen, um die großen europäischen Herausforderungen,
105 wie Lösungen zur Energieversorgung, Fragen zum Umweltschutz und der Erreichung
106 der Klimaziele, besser zu bewältigen.

107 Europa begrünen mit Innovation und Kreativität

108 Klimaschutz ist die zentrale und gemeinsame Aufgabe aller in der Europäischen
109 Union! Die EU muss ihre Vorreiterrolle im weltweiten Klimaschutz einnehmen.
110 Möglichkeiten einer ambitionierten EU-Klimapolitik gibt es genug: Ausstieg aus
111 der Kohle, Ausweitung des Emissionshandels und Verteuerung der Zertifikate,
112 Festlegung strengerer Abgasnormen, Förderung erneuerbarer Energien und
113 Nutzungsmöglichkeiten von Fernwärme, Regelungen zur Vermeidung von Plastik,
114 Bedingungen für eine gelingende Kreislaufwirtschaft, Ausbau des Schienenverkehrs
115 und die Wiedereinführung von europäischen Nachtzügen von Amsterdam über Danzig
116 nach Ljubljana, statt der Subventionierung von Billigflügen!

117 Als Küstenregion liegt der Klimaschutz in unserem ureigenen Interesse. Wir
118 schaffen daher regionale Kooperationen mit anderen Nordseeregionen zur
119 Müllbekämpfung, zum Ausbau erneuerbarer Energien (Offshore-Windpark) und dem
120 Ausbau nachhaltiger, grüner Häfen. Die Umsetzung der Pariser Klimaschutzziele
121 ist uns besonders wichtig. Bremerhaven soll noch vor Bremen CO₂-neutrale Stadt
122 werden. Bremen ist seit 1992 aktives Mitglied von „Klima- Bündnis/Climate
123 Alliance e.V.“, der zentralen Stimme von 1.700 Kommunen in Europa, die
124 Entwicklung und Umsetzung alternativer Klimaschutz- und Anpassungs-Strategien
125 auf lokaler/regionaler, europäischer und internationaler Ebene fördern. Den
126 Erfahrungsaustausch wollen wir intensiver nutzen, um den Klimaschutz in Bremen
127 und Bremerhaven noch stärker als bisher voranzubringen.

128 Um unseren Kontinent in eine gesündere Zukunft zu schicken, brauchen wir
129 Innovationen und ambitionierte Forschung für grüne Energie, grüne Mobilität und
130 grünes Wirtschaften. Wir wollen daher, dass das Nachfolgeprogramm des EU-
131 Forschungsprogramm Horizon 2020 die europäische Energiewende als Schwerpunkt in
132 die Förderlinien aufnimmt.

133 Gute Politik braucht ausreichende Finanzen

134 Um die vielen anstehenden Aufgaben zu bewältigen muss der EU-Haushalt besser
135 ausgestattet werden. Um die Einnahmen zu steigern, wollen wir, dass die EU neben
136 der Finanztransaktionssteuer weitere Möglichkeiten erhält, eigene Steuern und

137 Abgaben zu erheben: zum Beispiel eine Plastiksteuer, eine CO2-Steuer oder die
138 Besteuerung von globalen Digitalunternehmen.

139 Unser Bundesland, insbesondere Bremerhaven, profitiert in hohem Maße von der
140 Europäischen Förderpolitik, gerade in den Bereichen der Beschäftigungs- und
141 Forschungsförderung. Die europäische Förderung hat u.a. das Ziel, den sozialen
142 Zusammenhalt in Europa zu sichern. Dies befördert gerade im Bremer Westen, im
143 Bremer Norden und Bremerhaven wichtige beschäftigungspolitische Initiativen. Wir
144 erwarten, dass auch weiterhin alle Regionen der EU von diesen Fördermitteln
145 profitieren. Dabei wollen wir die für Bremen und Bremerhaven zur Verfügung
146 stehenden Mittel zukünftig zielgerichteter einsetzen sowie effektiver und
147 transparenter verwalten.

148 Der neue mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sollte den Blick auf die aktuellen
149 Herausforderungen richten und die Weichen für die Zukunft unter Einhaltung der
150 Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen stellen: mit
151 sauberen Energieträgern, für verantwortungsvollen Konsum und nachhaltige
152 Produktion, für gute Arbeitsbedingungen, nachhaltiges Wachstum und für den
153 Klimaschutz.

154 Wir bewegen Europa in Bremen

155 Grenzüberschreitende Kooperationen und Beziehungspflege gehören zum
156 Selbstverständnis unserer Städte Bremen und Bremerhaven. Das zeigen nicht nur
157 die weit verzweigten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, sondern auch die
158 Vielzahl von intensiv gepflegten Städtepartnerschaften. Diese wichtigen
159 Beziehungen, viele geknüpft noch in „kalten“ Zeiten, wollen wir weiter intensiv
160 pflegen und ausbauen. Wir unterstützen dabei insbesondere zivilgesellschaftliche
161 Initiativen wie z.B. die Queer Cities Initiative des CSD Bremen mit dem Verein
162 Tolerado in Gdansk. Wir sind überzeugt diese Initiativen lassen Europa leben und
163 lieben! Wir wissen, wir werden die Idee der europäischen Einigung nur
164 erfolgreich fortführen können, wenn sich möglichst viele Menschen für sie
165 einsetzen.

166 Deshalb fördern wir die vielen europaspezifischen Vereine, Verbände und
167 Organisationen in Bremen und Bremerhaven, die Europa erfahrbar machen und die
168 mitunter schwierigen EU-Entscheidungsfindungen unermüdlich erklären und
169 verständlich machen. Um es den Bürgerinnen und Bürgern zu erleichtern, mehr
170 darüber zu erfahren, wer an politischen Entscheidungen wie mitwirkt, müssen
171 europäische Entscheidungsfindungen transparenter gestaltet werden. Wir
172 unterstützen daher die Forderung der europäischen Ombudsfrau das
173 Abstimmungsverhalten im Ministerrat zu veröffentlichen. Nur so wird klar, wenn
174 Regierungsmitglieder im eigenen Land das eine behaupten und das andere in
175 Brüssel abstimmen.

176 Wir wollen starke Grüne in einem solidarischen Europa!

177 Im nächsten Jahr kommt es auf uns Grüne an! Im Frühjahr 2019 stehen die Wahlen
178 zum Europäischen Parlament an. Wir wollen andere Mehrheitsverhältnisse im
179 Europaparlament. Wir wollen weniger Rechtspopulisten und Rechtsextreme im
180 Europäischen Parlament.

181 Wir wollen starke Grüne im Europäischen Parlament als starke Stimme für
182 Menschenrechte, für Gleichberechtigung, für Solidarität, für Rechtsstaatlichkeit
183 und für Demokratie.

184 Dafür werden wir Grüne jetzt gemeinsam auf allen Ebenen kämpfen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A3NEU Fairnesskodex zur Listenvorstellung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 27.08.2018
Tagesordnungspunkt: 8. Fairnesskodex zum Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 2019

- 1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:
- 2 Alle Kandidat*innen, die sich für die Listenaufstellung bewerben, sollen sich im
- 3 Rahmen ihrer Bewerbung per Unterschrift auf nachfolgend aufgeführten
- 4 Fairnesskodex verpflichten.
- 5 Der Landesvorstand wird aufgefordert, auf Basis des Wahlkampfkonzeptes einen
- 6 konkreten Rahmen für die einzelnen Wahlkampfaktivitäten vorzugeben. Falls eine
- 7 Wahlkampfkommission oder ein anderes für den Wahlkampf zuständiges Gremium
- 8 gebildet wird, ist dieses Gremium bei der Erstellung der Vorgaben zu beteiligen.
- 9 Der Landesvorstand wird außerdem dazu aufgefordert, eine mit drei Personen zu
- 10 besetzende Fairnesskommission zu bilden.
- 11 Die Fairnesskommission hat die Aufgabe, über die Einhaltung der Fairnessregeln
- 12 zu wachen. Bei Hinweisen auf Verstöße gegen die Fairnessregeln holt sie umgehend
- 13 Stellungnahmen der betroffenen Kandidierenden ein und wirkt bei Verstößen
- 14 vermittelnd auf eine Rückkehr zu fairem Verhalten ein.
- 15 Die Fairnesskommission erstellt noch vor dem Wahltag einen Zwischenbericht sowie
- 16 nach der Wahl einen Abschlussbericht über die von ihr gemachten Erfahrungen. Die
- 17 Berichte sind mitgliederöffentlich zu machen und enthalten die Anzahl der
- 18 gemeldeten Verstöße, Beschreibungen der Verstöße, die Stellungnahmen der
- 19 betroffenen Kandidierenden sowie Bewertungen der Fairnesskommission. Soweit eine
- 20 Bewertung der Kommission nicht einstimmig erfolgt, ist das Stimmenverhältnis
- 21 anzugeben; die Abgabe von abweichenden Voten durch einzelne oder mehrere
- 22 Mitglieder der Kommission ist zulässig.
- 23 Fairness-Kodex – Bürgerschaftswahl Bremen 2019
- 24 Wir Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nennen uns nicht Kolleginnen oder
- 25 Kollegen, auch nicht Genossinnen oder Genossen, wir sehen uns als Freundinnen
- 26 und Freunde. Und diesem Anspruch an den Umgang miteinander wollen wir auch im
- 27 anstehenden Wahlkampf zur Bremischen Bürgerschaftswahl 2019 gerecht werden. [Bei
- 28 Bewerber*innen, die nicht Mitglied der Grünen sind, entfällt dieser Absatz.]
- 29 Als Bewerber*in für die grüne Wahlbereichsliste zur Bürgerschaftswahl erkläre
- 30 ich, dass ich einen fairen und anständigen Wahlkampf führen werde.
- 31 Das bedeutet, dass ich den vom Landesvorstand vorgegebenen Rahmen zum Wahlkampf
- 32 achten und einhalten werde. Dies umfasst insbesondere die Aspekte Wahlplakate,
- 33 Pressearbeit inkl. Social Media, Wahlkampf-Material, Wahlkampftermine inkl.
- 34 Haustürwahlkampf und Veranstaltungen.
- 35 Auch im eigenen Personenwahlkampf kämpfe ich ebenso für ein gemeinsames und
- 36 insgesamt erfolgreiches grünes Ergebnis. Ich halte mich dafür an Absprachen mit
- 37 dem für den Wahlkampf zuständigen Gremium und koordiniere meine eigenen
- 38 Aktivitäten mit der Landesgeschäftsstelle.
- 39 Ich unterstütze die Arbeit der Fairnesskommission. Im Problemfall wende ich mich
- 40 an sie für eine gemeinsame schlichtende Problemlösung.

41 Mir ist bekannt, dass die Unterzeichnung dieses Fairness-Kodex freiwillig
42 erfolgt und keine Voraussetzung ist, um auf der Aufstellungsversammlung für
43 einen Platz auf der Wahlbereichsliste kandidieren zu können und gewählt zu
44 werden.

45 Mit meiner Unterschrift stelle ich mich hinter einen gemeinsamen und fairen
46 grünen Wahlkampf.

47 _____
48 Vorname Nachname

49 _____

50 Unterschrift

Begründung

Die Landesmitgliederversammlung hat am 18.06.2018 aufgrund der Erfahrungen aus der letzten Bürgerschaftswahl folgenden Beschluss gefasst:

Alle Kandidat*innen werden vor der Listenaufstellung per Unterschrift auf einen Fairnesskodex verpflichtet. Der Landesvorstand wird einen Vorschlag zum Fairnesskodex auf der nächsten Landesmitgliederversammlung zur Abstimmung stellen. Der Vorschlag soll ebenfalls regeln, wie mit Kandidierenden umzugehen ist, die dagegen verstoßen.

Der Landesvorstand hat sich in der Erarbeitung dieses Vorschlages mit den Ergebnissen der AG Struktur auseinandergesetzt und auch die Erfahrungsberichte aus der Landesgeschäftsstelle in die Erwägungen einfließen lassen.

Wir wollen uns nicht schon heute durch konkrete Vorgaben in einem Fairnesskodex einen Rahmen für die Wahlkampagne auferlegen. Das Vorgehen soll daher zweistufig angelegt sein. Die Bewerber*innen verpflichten sich im ersten Schritt mit ihrer Bewerbung um einen Listenplatz zu einem fairen Verhalten. Dies ist für uns in erster Linie eine Frage von Haltung, Werten und Commitment und die zentrale Basis für einen fairen Wahlkampf.

Zu einem späteren Zeitpunkt werden wir dann unter Berücksichtigung des Wahlkampfkonzeptes konkrete Vorgaben, wie z.B. die Anzahl der Plakate definieren.

Wir, der Landesvorstand, möchten an dieser Stelle aber hervorheben, dass wir sehr wohl wissen, dass die allermeisten Kandidat*innen einen solchen Fairnesskodex bereits in ihrem Herzen tragen. Diese Kandidat*innen unterstützen wir gerade durch die Festschreibung eines Fairnesskodex für alle.

A4 Vorschlag zur Besetzung der beratenden Runde

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 27.08.2018
Tagesordnungspunkt: 9. Wahl der beratenden Runde zur Listenaufstellung zur Bürgerschaftswahl 2019

1 Der Landesvorstand schlägt vor die am 18.06. von der Landesmitgliederversammlung
2 beschlossene beratende Runde, welche die Kandidierenden im Vorfeld über die
3 Aufgaben und Anforderungen eines Mandats berät, mit folgenden Personen zu
4 besetzen:

- 5 • Doris Hoch
- 6 • Thomas Kollande-Emigholz
- 7 • Anthin Simon

Begründung

Erfolgt Mündlich

A5 Schadstoffarme Dienstwagen

Gremium: KV-Nordost
Beschlussdatum: 17.08.2018
Tagesordnungspunkt: 10. Verschiedenes

- 1 Die LMV fordert den Landesvorstand auf, sich gegenüber Bürgerschaftsfraktion und
- 2 Senat dafür einzusetzen, dass im Zuge der unumgänglichen Mobilitätswende zur
- 3 Reduzierung der Schadstoffemissionen der Dienstwagen von Behörden und
- 4 städtischen Betrieben zukünftig nur noch emissionsarme Fahrzeuge eingesetzt
- 5 werden.

Begründung

Nachdem die deutsche Umwelthilfe der Dienstwagenflotte bescheinigt hat, dass die Dienstwagen des Bremer Senats im Ländervergleich im Schnitt den geringsten CO₂-Ausstoß haben, gilt es an diesem Ergebnis anzuknüpfen und Umweltbelastungen durch die Dienstfahrten der Mitglieder der Landesregierung zu minimieren. Dazu ist, neben der Nutzung alternativer Beförderungsmöglichkeiten, wie z.B. Carsharing, dafür zu sorgen, dass bei der Neuanschaffung von Kraftwagen die Schadstoffemissionen und der Kraftstoffverbrauch werden. Als Mindeststandart sollen nur noch Fahrzeuge mit Hybrid oder Elektroantrieb verwendet werden.